



Inhaltsverzeichnis

09.02.2026	Energie & Management powernews: PERSONALIE: Zwei neue Vorsitzende für das Nationale Begleitgremium	3
09.02.2026	AG Schacht Konrad: Wird die vollständige Rückholung des ASSE-Mülls noch umgesetzt?	4
09.02.2026	bnn.de (BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN): Eigene Atombombe für Deutschland? Was ein Karlsruher Nuklear-Experte dazu sagt	5

PERSONALIE: Zwei neue Vorsitzende für das Nationale Begleitgremium

Das vom Gesetzgeber ins Leben gerufene Gremium zur Begleitung der Standortsuche für ein Atommüllendlager hat mit Marion Durst und Karsten Möring eine neue Doppelspitze.

Im Januar hatte sich das Nationale Begleitgremium (NBG) nach mehrjähriger Hängepartie erstmals wieder vollzählig zusammengefunden, nun haben die Mitglieder ihre Führung gewählt. Neue Vorsitzende des 18-köpfigen ehrenamtlichen Gremiums sind Marion Durst und Karsten Möring.

Durst gehört sitzt seit dem Jahr 2018 als Bürgervertreterin im NBG. Im Hauptberuf ist sie Pädagogin. Karsten Möring wurde im Dezember 2025 vom Bundestag und Bundesrat als „anerkannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens“ in das Gremium gewählt. Möring saß von 2013 bis 2021 für die CDU im Bundestag.

Das NBG gibt es seit 2016. Aufgabe des Gremiums ist „vermittelnde und unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens“ für Endlager hoch radioaktiver Abfälle. In Paragraph 8 des Standortauswahlgesetzes (StandAG) ist festgeschrieben, dass es sich „unab-

hängig und wissenschaftlich mit sämtlichen Fragestellungen das Standortauswahlverfahren betreffend befassen, die zuständigen Institutionen jederzeit befragen und Stellungnahmen abgeben“ kann.

Nach dem Gesetz soll das NBG aus sechs Bürgervertretern und zwölf anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehen. Die Bürgervertreter werden in einem Beteiligungsverfahren gewählt und vom Bundesumweltministerium ernannt. Von den zwölf Posten für anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren zuletzt neun nur kommissarisch besetzt, drei waren unbesetzt. Mehr als zweieinhalb Jahre konnten sich Bundestag und Bundesrat nicht über die Nachbesetzung einigen. Die anhaltende Blockade gefährde das Vertrauen in die Endlagersuche und in den politischen Entscheidungswillen insgesamt, kritisiert das NBG im November vergangenes Jahr.

Mehr politische Einflussnahme?

Kritik kam auch von Atomkraftgegnern. Die Wahl der neuen NBG-Mitglieder werde „verschleppt“, Bundestag und Bundesrat hätten sich in „politischen Machtspielchen verloren“, hieß es. Und die Neubesetzung im Dezember weckte Misstrauen: Die Auswahl lasse den Wunsch nach mehr politischem Einfluss vermuten, monierte die Organisation „Ausgestrahlt“. Dass sechs der zwölf freien Plätze für anerkannte Persönlichkeiten mit Alt-Politikern besetzt worden seien, sie ein „absolutes Novum in der Geschichte des Gremiums“.

Der neue NBG-Vorsitz sieht der nächsten Phase der Endlagersuche entgegen. In diesem Jahr steht die Novellierung des Standortauswahlgesetzes an. Für 2027 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) angekündigt, jene Standortregionen zu benennen, die übertägig erkundet werden sollen.

Wörter: 342
Autor/-in: Manfred Fischer
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
11.561

Urheberinformation: Energie und Management Verlags GmbH
¹ von PMG gewichtet 11-2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



AG Schacht Konrad

Wird die vollständige Rückholung des ASSE-Mülls noch umgesetzt?

9. Februar 2026 10:30 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Zum wiederholten Male teilte die Geschäftsführerin der Gesellschaft für Endlagerung, BGE, Iris Graffunder mit, dass sie die Veröffentlichung des Zeitplanes für die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse verschieben will. Noch auf einer Informationsveranstaltung im Mai 20025 hatte Frau Graffunder versprochen, den neuen Zeitplan bis Ende 2025 vorzulegen.

Nun hat Frau Graffunder auf der Sitzung des Niedersächsischen Umweltausschusses am 19.01.26 mitgeteilt, dass der neue Zeitplan erst im März 2026 vorgestellt werden könne. Es ist zu befürchten, dass damit auch der Beginn der Rückholung deutlich später als 2033 liegen wird. Je später der geplante Beginn liegt, desto unwahrscheinlicher wird es, dass die vollständige Rückholung überhaupt umgesetzt werden wird. Außerdem will die BGE nicht unmittelbar nach der Genehmigung ihres Antrages zum Bau des für die Rückholung notwendigen Schachtes V beginnen, sondern - in Abstimmung mit der zuständigen Genehmigungsbehörde (dem Niedersächsischen Umweltministerium, NMU) - einen weiteren Antrag im Rahmen der Lex Asse stellen und klären, ob eine hinreichend große Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Rückholung insgesamt genehmigungsfähig ist. Begründung ist der erhebliche Eingriff in das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet).

Der Landkreis Wolfenbüttel hat nun die BGE zu der öffentlichen Sitzung ihres Umweltausschusses am 23.02.26 eingeladen. Dort soll die BGE zu den geschilderten Vorgängen und zu weiteren inhaltlichen Fragen im Zusammenhang mit der Rückholung Stellung beziehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad fordert die BGE auf, endlich konkrete Zeitpläne vorzulegen und diese umzusetzen. Dies ist ihr gesetzlicher Auftrag gemäß der Lex Asse.

Pressedienst der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V: Kontakt: Claus Schröder 0173-8326462

Angst vor Russland

Eigene Atombombe für Deutschland? Was ein Karlsruher Nuklear-Experte dazu sagt

Die Zuversicht in den atomaren Schutzschirm der USA wackelt. Ein KIT-Experte für nukleare Sicherheit erklärt, wie realistisch die Entwicklung eigener Atomwaffen in Deutschland wäre.

Können wir uns unter dem atomaren Schutzschirm der USA noch sicher fühlen? Seit den irritierenden Erklärungen des Präsidenten Donald Trump, der einen Streit um eine mögliche Annexion Grönlands ausgelöst hat, wankt die Zuversicht der Europäer in dieser Frage. Dass sich die Supermacht von den Nato-Verbündeten abwenden könnte, ist kein abwegiger Gedanke mehr.

Vor wenigen Tagen wurde bestätigt, dass das Kabinett von Friedrich Merz vertrauliche Gespräche mit den Nuklearmächten Großbritannien und Frankreich über einen europäischen Atomschirm führt. Und nun wackelt ein Tabu: In Deutschland nimmt eine Diskussion an Fahrt auf, ob die Bundesrepublik angesichts der Gefahr durch Russland eine eigene Atombombe entwickeln sollte.

Deutsche wollen keine Atomwaffen

In einer aktuellen Umfrage sagen 68 Prozent der Deutschen dazu: Nein. Allerdings halten Sicherheitsexperten wie Moritz Graefrath eine Ablehnung für abwegig. In einem Interview mit unserer Zeitung plädiert der deutsche Forscher von der University of Oklahoma für ein nationales Atomwaffenprogramm als die ultimative Sicherheitsgarantie.

Dass Deutschland in der Lage wäre, eine Atombombe zu bauen, bezweifelt Graefrath nicht: Nach seiner Einschätzung wäre es binnen „ungefähr drei Jahren“ möglich. Darüber hat unsere Redaktion jetzt mit dem Nuklearexperten Walter Tromm aus Karlsruhe gesprochen. Die badische Stadt galt seit den 1950er-Jahren und bis zum Atom-

Ausstieg als „Wiege der Kernkraft“ in Deutschland.

Der erfahrene Fachmann für nukleare Sicherheit am KIT sieht die Spekulationen über eine deutsche Atombombe als sinnlos und realitätsfern an: „Wir haben technisch und praktisch diese Möglichkeiten gar nicht.“ Tromm betont, dass dies seine persönliche Ansicht ist.

Schon rein rechtlich darf Deutschland gar keine eigenen Atomwaffen besitzen. Dazu verpflichtete sich die Bundesrepublik 1975 in dem Atomwaffensperrvertrag. Erlaubt ist nur eine „nukleare Teilhabe“ am US-Schutzschirm. Obwohl offiziell nie bestätigt, lagern deshalb amerikanische Atombomben in der Eifel. Doch was wäre, wenn die rechtlichen Hindernisse wegfielen?

Walter Tromm sieht zunächst eine weitere unüberwindbare Hürde: Im hypothetischen Fall, dass der Bundestag grünes Licht für die nukleare Abschreckung in Deutschland gäbe, würde dem Land das Material für den Atomwaffenbau fehlen. „Wir haben in Gronau eine Anlage, die Uran-235 für die Verwendung in Atomkraftwerken auf bis zu fünf Prozent anreichert“, erklärt der Fachmann. „Für waffenfähiges Uran bräuchte man aber eine Anreicherung auf 80 bis 90 Prozent.“

Laut Tromm könnte das internationale Unternehmen Urenco in der Anlage nahe der deutsch-niederländischen Grenze dieses Ziel theoretisch durch das Hinzufügen von Gaszentrifugen erreichen.

Aber trivial sei das nicht, zudem ohnehin vertraglich verboten.

Plutonium-Visionen sind ausgeträumt

Auch der zweite Weg, eine Atombombe zu bauen – die Plutonium als spaltbares Material nutzt – sei für Deutschland nicht gangbar. „Das geht nur mit einer Wiederaufarbeitung aus Leichtwasserreaktoren, die durch die Umwandlung von Uran-238 geringe Mengen Plutonium produzieren. Solch eine Anlage hat es in Deutschland nie gegeben.“

Die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) wurde in den 1960er Jahren im damaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe errichtet, um die Verwertung von ausgedienten Brennstäben zu testen. Dort wurden aus insgesamt 200 Tonnen Kernbrennstoffe Uran und Plutonium abgetrennt und später in neuen Brennelementen eingesetzt. Die WAK wurde 1991 geschlossen, nachdem das Großprojekt der kommerziellen Wiederverwertung im bayerischen Wackersdorf eingestellt wurde.

Wir sind weit davon entfernt, bei der Entwicklung von Kernwaffen helfen zu können. Walter Tromm über Karlsruher Nuklearspezialisten

Dass die Bundesregierung waffenfähiges Uran und Plutonium im Nachbarland Frankreich kaufen könnte, hält Tromm für ausgeschlossen. Und selbst wenn es genügend spaltbares Material gäbe, würde die Bundesrepublik nicht zu einer Atommacht werden, ist der Karlsruher überzeugt. Erstens fehlten

dazu die notwendigen Sprengtechnologien. Zweitens hätte man keine sichere Möglichkeit, eine Bombe verlässlich zu testen.

Und nicht zuletzt mangelt es an Expertise – auch in Karlsruhe. „Wir sind hier Spezialisten in der Reaktorsicherheit und sehr weit davon entfernt, bei der Entwicklung von Kernwaffen helfen zu können“, sagt Walter Tromm. Darum

lautet sein Fazit: Wenn Deutschland die Abhängigkeit von US-Kernwaffen beenden wolle, dann nur im Rahmen einer gemeinsamen Lösung in Europa.

Wörter:	690	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Alexei Makartsev https://bnn.de/autor/alexei-makartsev	Visits (VpD) ¹ :	166.903
Rubrik:	Karlsruhe-Stadt		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/eigene-atombombe-fuer-deutschland-was-ein-karlsruher-nuklear-experte-dazu-sagt		
	¹ von PMG gewichtet 11-2025		